

Drittens: Beim Völkermord und der Deportation der Kurden sind in der DDR hergestellte IFA-Militärfahrzeuge eingesetzt worden.

Angeichts der angeführten Tatsachen frage ich den Herrn Minister für Auswärtige Angelegenheiten, wie er beabsichtigt, zukünftig die Beziehungen zum Irak und seinen Verbündeten zu gestalten.

Ich frage den Herrn Minister für Innere Angelegenheiten und den Herrn Minister für Abrüstung und Verteidigung, ob gegenwärtig noch Ausbilder oder zivile Spezialisten im Irak eingesetzt sind, und falls ja, wie gewährleistet ist, daß sie nicht direkt oder indirekt am Völkermord an den Kurden und an der Bedrohung Israels beteiligt sind. Ich frage ihn ferner: In welchen Einrichtungen und Institutionen der DDR sind irakische Staatsangehörige ausgebildet worden? Wurden Staatsangehörige des Irak beim Staatssicherheitsdienst ausgebildet, oder wurde ihre Ausbildung vom Staatssicherheitsdienst organisiert und kontrolliert? Waren Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes als Ausbilder im Irak tätig? Und schließlich: Wurden Geräte, die zur Überwachung und zur nachrichtendienstlichen Tätigkeit geeignet waren, an entsprechende Stellen im Irak geliefert?

Ich frage schließlich den Herrn Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, ob ihm die Lieferungen von Technologie und Chemikalien in den Irak bekannt sind und ob er beabsichtigt, eventuell noch bestehende Lieferverpflichtungen der DDR für Chemikalien und Chemieausrüstungen in den Irak zu stornieren.

Mir ist bewußt, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, daß nicht Ihre Regierung für die bisherige Nahostpolitik der DDR verantwortlich zu machen ist. Deshalb sind den angesprochenen Fachministern die hier gestellten Fragen im wesentlichen bereits kurz nach der Regierungsbildung vorgelegt worden.

Ich bitte ihre Regierung eindringlich, alles nur Mögliche zu tun, um zu verhindern, daß unser Land weiterhin, direkt oder indirekt, an der Bedrohung Israels und an der Bedrohung des kurdischen Volkes, insbesondere durch irakische Chemiewaffen, beteiligt ist.

Das Hohe Haus bitte ich, sich konsequent für die weltweite Ächtung chemischer Kampfstoffe und für die Ächtung chemischer Kampfstoffe insbesondere in der DDR einzusetzen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Als nächster spricht für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Richter.

Joachim Richter (SPD):

Herr Präsident! Verehrte Damen und Herren! Wenn die Informationen von Bündnis 90/Grüne stimmen und sich bestätigen sollten, dann kann ich dies nur mit Bestürzung zur Kenntnis nehmen. Ich denke, da geht es um eine politische Verantwortungslosigkeit, die mit Verbrechen an vielen Menschen zu tun haben könnte, und dann ist wohl die Anfrage, die Bündnis 90/Grüne stellt, nicht nur an die Minister der Koalition zu richten, die hier Altlasten nachgehen müssen, für die sie keine Verantwortung tragen,

(Beifall der Koalitionsparteien)

dann ist das nämlich zuerst eine Anklage an die Regierungen, die diesen Waffenexport oder die Anlagen zu verantworten haben, und wir wissen ja sehr genau, um es etwas allgemeiner zu sagen, daß Waffenexporte durch DDR-Regierungen, von der SED verantwortet, geschehen sind.

Immer, wenn ich in diesen Tagen in mein Abgeordnetenasyllat gehe,

(Heiterkeit und Beifall der Koalition)

lese ich an der Normannenstraße an der Häuserfront eine Frage, die mir ständig nachgeht, nämlich die Frage: Wieviel Menschen habt ihr eigentlich zerstört, und wieviel kommen vielleicht noch dazu, an Menschen, von Kurden und Iranern, und was wird da noch alles herauskommen?

Vor etwa 10 Jahren begannen in unserem Land Friedens-, Menschenrechts- und Umweltgruppen, auch auf die Waffenexporte aufmerksam zu machen, die die Menschenrechte, ja aber auch die Umwelt unseres Lebens zerstören.

Während dieser Jahre, in denen diese Gruppen durch die Stasi verfolgt worden sind, haben unsere ehemaligen DDR-Regierungen ständig öffentlich Friedenspolitik bekannt.

Ich kann hier nur einen grundlegenden Widerspruch erkennen zwischen den Bekenntnissen der vergangenen Regierungen und dem, was sie in ihren Taten wirklich vollzogen, geheim oder nicht geheim.

Die Waffenexporte zeigen diesen Widerspruch zwischen einer offiziellen Friedenspolitik und einer Handelspolitik an, einer Handelspolitik, die Menschenleben vernichtet für Deviseneinnahmen, die da einfach einkalkuliert werden. Es ist der Widerspruch zwischen einer öffentlichen Moral und einer moralischen Verkommenheit, die die Politik der ehemaligen SED-Regierungen bestimmt hat.

(Beifall der Koalitionsparteien)

Daß diese Regierungen kein Exportverbot für Waffen und Ausrüstungen erlassen haben, ja an solchen geradezu noch verdient haben, gehört nicht nur in die Verantwortung eines Schalck, den wir alle kennen und den man laufen gelassen hat.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Heuer, PDS: Wer? Wo ist er denn? Wir nicht! - Heiterkeit - Prof. Dr. Heuer, PDS: Er ist nicht ausgeliefert worden an dieses Land! Wir hatten nämlich Auslieferung gefordert.)

Ich denke, aus dieser Geschichte schizophrener Politik vergangener SED-Führungen kann sich niemand herausstehlen, der daran beteiligt war. Und ich stelle jetzt eine Frage an die Nachfolgeorganisation der SED, nämlich an die PDS, wie will sie sich zu der politischen Veränderung in den Fragen des Waffenexportes in der Vergangenheit stellen? Wie will sie diese Verantwortung aufarbeiten? - Vielen Dank.

(Beifall)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Als nächste spricht für die Fraktion der PDS die Abgeordnete Frau Voigt.

Frau Voigt (PDS):

Herr Präsident! Geehrte Damen und Herren! Die Abgeordneten der PDS-Fraktion empfinden sehr wohl eine Berechtigung in dieser Anfrage, und wir bekunden unser absolutes Entgegenkommen.

(Zuruf von der SPD: Nett!)

Wir fühlen, und das ist von der Sache her nun nicht mehr für uns ganz so neu, selbstverständlich mit den Abgeordneten der Fraktion Bündnis 90/Grüne, die Vergangenheit mit dem prüfenden und kritischen Blick zu betrachten, und, wenn sich Fragen auftun, diesen bedingungslos auf den Grund zu gehen und unverzüglich aufzuklären.

Wir tragen die in der Regierungserklärung vom 19. April dieses Jahres enthaltenen Positionen und Zielstellungen zum Verzicht der DDR auf die Herstellung, Weitergabe, den Besitz sowie die Stationierung von chemischen und anderen Massenvernichtungswaffen. Und selbstverständlich erst recht für ein geeintes Deutschland im Sinne des Artikels 23.